Niederschrift

konstituierenden Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Südharz

Sitzungstermin:	Mittwoch, 31.07.2019
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	22:25 Uhr
Ort, Raum:	Ortsteil Roßla, Schloß 1, 06536 Südharz

Anwesend sind:

Herr Ralf Rettig - Bürgermeister
Herr Fred Fuhrmann
Herr Harald Fuhrmann
Frau Christiane Funkel
Herr Stefan Gaßmann
Herr Peter Kohl
Herr Rolf Kutzleb
Herr Jens Lange
Herr Ralf Mosebach
Frau Nadine Pein
Herr Dr. Clemens Ritter Kempfski von
Rakoszyn
Herr Björn Schade
Herr Thomas Schirmer
Herr Andreas Schmidt - Gemeinderatsvorsitzender
Herr Hagen Schwach
Herr René Volkandt
Herr Frank Weidner
Frau Yvonne Wernecke
Frau Ute Wierick

Gäste:

14 Gäste: u.a. Frau Koch (MZ), Ortsbürgermeister/innen Frau Reimann, Frau Rummel Herr Fuhrmann, Herr Jänicke, Herr Volkandt, Herr Schrader, Herr Schröder

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit durch den Bürgermeister
- 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 3 Übertragung der Sitzungsleitung an das an Jahren älteste ehrenamtliche Mitglied des Gemeinderates
- 4 Einwohnerfragestunde

- 5 Verpflichtung der ehrenamtlichen Mitglieder des Gemeinderates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch das an Jahren älteste Mitglied des Gemeinderates
- 6 Beschlussfassung über das Vorliegen der Voraussetzungen für ein Ausscheiden von Mitgliedern des Gemeinderates (Hinderungsgründe für den Eintritt in den Gemeinderat)
Vorlage: 21-001/2019
- 7 Wahl der/des Vorsitzenden des Gemeinderates
Vorlage: 21-002/2019
- 8 Verpflichtung des an Jahren ältesten Mitgliedes des Gemeinderates durch den Vorsitzenden des Gemeinderates
- 9 Mitteilung des Vorsitzenden des Gemeinderates über die gebildeten Fraktionen und deren Vorsitzende
- 10 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Gemeinderat
Vorlage: 21-003/2019
- 11 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen zu den Ortschaftsräten der Ortschaften der Gemeinde Südharz
- 11.1 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Roßla
Vorlage: 21-004/2019
- 11.2 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Bennungen
Vorlage: 21-005/2019
- 11.3 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Breitungen
Vorlage: 21-006/2019
- 11.4 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Wickerode
Vorlage: 21-007/2019
- 11.5 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Questenberg
Vorlage: 21-008/2019
- 11.6 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Kleinleinungen
Vorlage: 21-009/2019
- 11.7 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Hainrode
Vorlage: 21-010/2019
- 11.8 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Drebsdorf
Vorlage: 21-011/2019
- 11.9 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Dietersdorf
Vorlage: 21-012/2019
- 11.10 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Hayn (Harz)
Vorlage: 21-013/2019
- 11.11 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Breitenstein
Vorlage: 21-014/2019

- 11.12 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Rottleberode
Vorlage: 21-015/2019
- 11.13 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Schwenda
Vorlage: 21-016/2019
- 11.14 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Stadt Stolberg (Harz)
Vorlage: 21-017/2019
- 11.15 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Ufrungen
Vorlage: 21-018/2019
- 12 Beratung und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung für den Gemeinderat und seine Ausschüsse
Vorlage: 21-019/2019
- 13 Beratung und Beschlussfassung über die Hauptsatzung der Gemeinde Südharz
Vorlage: 21-020/2019
- 14 Wahl des/der Ersten stellvertretenden Vorsitzenden und des/der Zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeinderates
Vorlage: 21-021/2019
- 15 Verteilung der Vorsitze der beratenden Ausschüsse, die aufgrund des Beschlusses über die Hauptsatzung gebildet werden, nach der Größe der Fraktionen im Zugriffsverfahren
- 16 Benennung der Ausschussmitglieder auf Vorschlag der Fraktionen
- 16.1 Benennung der Ausschussmitglieder für den Haupt- und Finanzausschuss
- 16.2 Benennung der Ausschussmitglieder für den Bau- und Vergabeausschuss
- 16.3 Benennung der Ausschussmitglieder für den Sozial- und Tourismusausschuss
- 17 Berufung sachkundiger Einwohner in den beratenden Sozial- und Tourismusausschuss
Vorlage: 21-022/2019
- 18 Benennung von Vertretern der Gemeinde in andere Institutionen
- 18.1 Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz"
- 18.1.1 Wahl des Vertreters der Gemeinde in den Wasserverband "Südharz"
Vorlage: 21-023/2019
- 18.1.2 Wahl des 1. stellv. Vertreters der Gemeinde in den Wasserverband "Südharz"
Vorlage: 21-024/2019
- 18.1.3 Wahl des 2. stellv. Vertreters der Gemeinde in den Wasserverband "Südharz"
Vorlage: 21-025/2019
- 18.2 Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Helme"
- 18.2.1 Entsendung eines Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Helme"
Vorlage: 21-026/2019
- 18.2.2 Entsendung eines stellv. Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Helme"
Vorlage: 21-027/2019
- 18.3 Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Selke-Obere Bode"

- 18.3.1 Entsendung eines Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Selke-Obere Bode"
Vorlage: 21-028/2019
- 18.3.2 Entsendung eines stellv. Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Selke-Obere Bode"
Vorlage: 21-029/2019
- 18.4 Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Wipper-Weida"
- 18.4.1 Entsendung eines Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Wipper-Weida"
Vorlage: 21-030/2019
- 18.4.2 Entsendung eines stellv. Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Wipper-Weida"
Vorlage: 21-031/2019
- 19 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 26.06.2019 (öffentlicher Sitzungsteil)
- 20 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 21 Bekanntgabe von (amtlichen) Mitteilungen der Amtsleiter und Bürgermeister
- 22 Sachstand Freizeitbad "Thyragrotte"
- 23 Beschlussfassung einer überplanmäßigen Auszahlung für die Maßnahme Anbau Grundschule Roßla
Vorlage: 21-032/2019
- 24 Beschlussfassung über die Annahme von Spenden
Vorlage: 21-033/2019
- 25 Informationen aus der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz"
- 26 Anfragen und Anregungen

Nichtöffentlicher Teil

- 27 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 26.06.2019 (nicht öffentlicher Sitzungsteil)
- 28 Rechtsangelegenheiten
- 29 Beschlussfassung über den Verkauf von Grund und Boden im OT Breitungen
Vorlage: 21-034/2019
- 30 Beschlussfassung über den Verkauf von Grund und Boden im OT Kleinleinungen
Vorlage: 21-035/2019
- 31 Beschlussfassung über den Verkauf von Grund und Boden im OT Roßla
Vorlage: 21-036/2019
- 32 Grundstücksangelegenheiten
- 33 Beschlussfassung zur Vergabe Straßenbau Fußstiege im OT Roßla
Vorlage: 21-037/2019
- 34 Beschlussfassung Nachtrag Bauvorhaben Josephskreuz
Vorlage: 21-038/2019
- 35 Beschlussfassung zur Vergabe von Bauleistungen Grundschule Rottleberode
Vorlage: 21-039/2019
- 36 Beschlussfassung zur Vergabe von Bauleistungen
- 37 Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit durch den Bürgermeister

Herr Rettig eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.
Er dankt den Wählern und Wahlhelfern für die Wahl und deren Durchführung. An die Gewählten richtet er die Bitte, die Gemeinde Südharz zu fördern.
Herr Rettig stellt die gewählten und anwesenden Ortsbürgermeister vor.

2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Schmidt spricht sich für das Vorziehen des TOP 26 (Einwohnerfragestunde) aus und Herr Schirmer schlägt die Änderung von TOP 34 von Beschlussfassung in Beratung an.
Der so geänderten Tagesordnung wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Herr Rettig nimmt Bezug auf TOP 16 (Berufung sachkundiger Einwohner) und berichtet von 4 eingegangenen Bewerbungen, die zur Einsicht an die Ratsmitglieder ausgegeben werden.

3 Übertragung der Sitzungsleitung an das an Jahren älteste ehrenamtliche Mitglied des Gemeinderates

Die Sitzungsleitung wird vom an Jahren ältesten Gemeinderatsmitglied, Fred Fuhrmann, übernommen.

4 Einwohnerfragestunde

Frau N. Witte, Stolberg spricht die Straßensperrung in Breitenstein an und weist auf die Einschränkungen hin. Sie fragt nach dem Stand der Baumaßnahme. Frau Buchmann antwortet, dass die Straße ab Ende der Woche wieder für PKW bzw. Fahrzeuge bis 7,5 t freigegeben wird. Für LKWs gilt weiter die Umleitung. Es handelt sich um eine Übergangslösung. In 2021 soll das neue Brückenbauwerk errichtet werden.

Herr H. Hach, Roßla gratuliert den gewählten Vertretern und verbindet damit die Bitte, die Wünsche der Bürger zu vertreten. Aufgrund des schlechten Zustandes, regt er den Kauf des Grundstücks „Alter Schafstall“ an. Er fragt, ob der Hochbehälter noch in den Wasserkreislauf eingebunden ist.

Herr Rettig teilt mit, dass der Wasserbehälter noch in Betrieb sei. Der Schafstall stehe im Privateigentum und der Schandfleck sei bekannt.

Frau S. Kirchner, Stolberg fragt nach dem Stand des Tourismuskonzeptes und wer das Geld aus der Kurtaxe bekomme. Sie spricht die Hatix-Abgabe an.

Herr Rettig benennt die SMG als Ausführende und Verantwortliche für das Tourismuskonzept. Der aktuelle Stand soll nachgefragt werden. Herr Dr. Kempfski berichtet in diesem Zusammenhang von einem Telefonat mit dem Geschäftsführer der SMG, Herrn Hensel. Es wird ein Konzeptpapier erarbeitet, welches Ende August besprochen werden wird. Ende August/Anfang September soll ein Antrag gestellt werden. Zum Thema Hatix teilt Herr Rettig mit, dass die Hatix Abgabe nicht gezahlt werden sollte, wenn keine Busse fahren.

Frau Reimann, Ortsbürgermeisterin Kleinleiningen fragt zur Darstellung der Kiesgrube im Flächennutzungsplan und regt an, eine Fläche als Campingplatz bzw. Caravanplatz auszuweisen.

Frau Buchmann sagt eine Prüfung zu. Herr Rettig regt an, dass Frau Reimann sich diesbezüglich mit Frau Buchmann in Verbindung setzen soll.

Herr Weifenbach, Breitenstein nimmt Bezug auf die angesprochene Thematik Hatix und fragt, wie man sich die Situation vorstellt, Breitenstein werde nicht von Bussen angefahren.

Frau Buchmann antwortet, dass eine Umleitungsstrecke ausgeschildert sei. Das bisherige Provisorium wurde mit Unterstützung der Kieswerke geschaffen. Es soll mit der Landesstraßenbaubehörde ein Gespräch geführt werden, evtl. könne Breitenstein mit Kleinbussen angefahren werden. Zuständig für den ÖPNV sind die Landkreise

Herr R. Volkandt spricht die Baumaßnahme im November vor 2 Jahren in Questenberg an. Frau Buchmann weist darauf hin, dass die Gemeinde bei dieser Maßnahme nicht involviert war. Die Zuständigkeit lag beim Landkreis.

Herr George, Roßla berichtet von einem Spaziergang im Wäldchen. Er schildert seinen Eindruck, dass das Wäldchen aussehe wie ein „Urwald“ und der Zustand der Brücke bedenklich sei.

Frau Buchmann spricht davon, dass es generell ein Problem mit Holzbrücken gebe. Die Verwaltung wird sich das Problem ansehen. Auf die weitere Frage zu den Eigentumsverhältnissen am Josephskreuz antwortet sie, dass die Flächen um das Kreuz herum von einem Erbbaupachtvertrag erfasst sind und die Zufahrt im Eigentum der Gemeinde Südharz stehe.

5 Verpflichtung der ehrenamtlichen Mitglieder des Gemeinderates auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Amtspflichten durch das an Jahren älteste Mitglied des Gemeinderates

Herr Fuhrmann verliest den Text zur Verpflichtung der Gemeinderäte und diese sprechen ihm nach.

6 **Beschlussfassung über das Vorliegen der Voraussetzungen für ein Ausscheiden von Mitgliedern des Gemeinderates (Hinderungsgründe für den Eintritt in den Gemeinderat)**
Vorlage: 21-001/2019

Auf die Frage von Herrn Lange nach der Bedeutung des Beschlusses antwortet Frau Wöbken zu Inhalt und Sinn der Hinderungsgründe, die bei den jetzt gewählten Ratsmitgliedern nicht vorliegen.
Der Beschlussvorlage wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt

Beschlusstext:
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz stellt fest, dass keine Hinderungsgründe für die Ausübung der Mandate bei den gewählten Vertretern für den Gemeinderat nach § 41 KVG LSA vorliegen. Entsprechend § 42 Punkt 3 des KVG LSA verliert ein Mitglied der Vertretung sein Mandat, wenn im Laufe der Wahlperiode ein Hinderungsgrund nach § 41 Abs. 1, 2 oder 3 eintritt.

Begründung:
Angezeigte und erkennbare Hinderungsgründe liegen nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 21
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

7 **Wahl der/des Vorsitzenden des Gemeinderates**
Vorlage: 21-002/2019

Frau Pein schlägt Herrn Schmidt vor. Die Gemeinderäte sprechen sich für eine offene Wahl aus und wählen Herrn Andreas Schmidt einstimmig mit 18 Stimmen bei einer Enthaltung. Herr Schmidt nimmt die Wahl an.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt

Wiedergabe Wahlergebnis:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz wählt

Frau/Herrn Andreas Schmidt

wohnhaft in 06536 Südharz, Hainröder Hauptstraße 3

mit 18 Stimmen ~~zur~~zum Vorsitzenden des Gemeinderates der Gemeinde Südharz.

anwesende wahlberechtigte Mitglieder
des Gemeinderates: 19

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
Bürgermeisters: 19

**8 Verpflichtung des an Jahren ältesten Mitgliedes des Gemeinderates
durch den Vorsitzenden des Gemeinderates**

Herr Schmidt verliest den Verpflichtungstext und Herr Fuhrmann spricht ihm nach.

Herr Schmidt gibt bekannt, dass die Ortschaft Hainrode dem Gemeinderat leihweise eine neue Glocke zur Verfügung stellt.

Herr Dr. Kempfski spricht die ausgeteilte Tischvorlage zum Thema Grundsteuerreform an und fragt nach dem Zeitpunkt der Beratung. Herr Rettig bittet die Ratsmitglieder sich die Unterlagen durchzulesen und das Thema in einer nächsten Sitzung zu behandeln.

**9 Mitteilung des Vorsitzenden des Gemeinderates über die gebildeten
Fraktionen und deren Vorsitzende**

Herr Schmidt gibt bekannt, dass es eine von Herrn Kohl geführte Fraktion bestehend aus den Gemeinderäten Kohl, Wernecke, Schade, Mosebach, Gaßmann, Volkmandt und H. Fuhrmann gibt.

**10 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Gemeinderat
Vorlage: 21-003/2019**

Frau Wöbken erläutert, dass es keine Wahleinsprüche gab.
Der Gemeinderat stimmt der zur Abstimmung gestellten Beschlussvorlage einstimmig mit 19 Stimmen zu.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Gemeinderates der Gemeinde Südharz liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Gemeinderates der Gemeinde Südharz gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahlen zu den Ortschaftsräten der Ortschaften der Gemeinde Südharz

11.1 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Roßla

Vorlage: 21-004/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat Roßla wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Roßla liegen nicht vor.

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Roßla gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.

Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).

Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des

Bürgermeisters: 19

davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11.2 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Bennungen

Vorlage: 21-005/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat Bennungen wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer:

Bürgermeister, Hauptamt

Gesetzliche Grundlagen:

§ 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Bennungen liegen nicht vor.

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Bennungen gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.

Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).

Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11.3 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Breitungen

Vorlage: 21-006/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat Breitungen wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer:

Bürgermeister, Hauptamt

Gesetzliche Grundlagen:

§ 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Breitungen liegen nicht vor.

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Breitungen gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.

Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den

Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).

Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11.4 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Wickerode

Vorlage: 21-007/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat Wickerode wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer:

Bürgermeister, Hauptamt

Gesetzliche Grundlagen:

§ 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Wickerode liegen nicht vor.

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Wickerode gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.

Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).

Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von
der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**11.5 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der
Ortschaft Questenberg**

Vorlage: 21-008/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum
Ortschaftsrat Questenberg wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer:

Bürgermeister, Hauptamt

Gesetzliche Grundlagen:

§ 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt
(KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft
Questenberg liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des
Ortschaftsrates der Ortschaft Questenberg gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über
Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder
Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den
Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in
anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist.
Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des
Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1
und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von
der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**11.6 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der
Ortschaft Kleinleinungen**

Vorlage: 21-009/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum
Ortschaftsrat Kleinleinungen wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt

Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt
(KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft
Kleinleinungen liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des
Ortschaftsrates der Ortschaft Kleinleinungen gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über
Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder
Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den
Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in
anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist.
Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des
Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1
und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von
der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11.7 **Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Hainrode**

Vorlage: 21-010/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum
Ortschaftsrat Hainrode wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer:

Bürgermeister, Hauptamt

Gesetzliche Grundlagen:

§ 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt
(KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Hainrode
liegen nicht vor.

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des
Ortschaftsrates der Ortschaft Hainrode gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über
Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.

Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder
Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den
Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in
anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist.
Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des
Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1
und 2 KWG LSA).

Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von
der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**11.8 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der
Ortschaft Drebsdorf**

Vorlage: 21-011/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum
Ortschaftsrat Drebsdorf wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt
(KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft
Drebsdorf liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des
Ortschaftsrates der Ortschaft Drebsdorf gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über
Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder
Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den
Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in
anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist.
Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des
Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1
und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von
der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**11.9 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der
Ortschaft Dietersdorf
Vorlage: 21-012/2019**

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum
Ortschaftsrat Dietersdorf wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt
(KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft
Dietersdorf liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des
Ortschaftsrates der Ortschaft Dietersdorf gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über
Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder
Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den
Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in
anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist.
Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des
Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1
und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11.10 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Hayn (Harz)

Vorlage: 21-013/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat Hayn wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Hayn (Harz) liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Hayn (Harz) gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11.11 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Breitenstein

Vorlage: 21-014/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat Breitenstein wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Breitenstein liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Breitenstein gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11.12 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Rottleberode

Vorlage: 21-015/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat Rottleberode wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Rottleberode liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Rottleberode gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11.13 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Schwenda

Vorlage: 21-016/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat Schwenda wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Schwenda liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Schwenda gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

11.14 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Stadt Stolberg (Harz)

Vorlage: 21-017/2019

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat Stolberg wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Stadt Stolberg (Harz) liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Stadt Stolberg (Harz) gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**11.15 Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat der Ortschaft Uftrungen
Vorlage: 21-018/2019**

Der Beschlussvorlage zur Feststellung der Gültigkeit der Wahl zum Ortschaftsrat Uftrungen wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: § 51 Kommunalwahlgesetz Land Sachsen-Anhalt (KWG LSA)

Beschlusstext:

Einwendungen gegen die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Uftrungen liegen nicht vor.
Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, dass die Wahl des Ortschaftsrates der Ortschaft Uftrungen gültig ist.

Begründung:

Gemäß § 51 KWG LSA entscheidet die neugewählte Vertretung über Wahleinsprüche und die Gültigkeit der Wahl.
Wahleinsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl kann u. a. jeder Wahlberechtigte mit der Begründung erheben, dass die Wahl nicht den Wahlvorschriften entsprechend vorbereitet und durchgeführt oder in anderer unzulässiger Weise in ihrem Ergebnis beeinflusst worden ist. Wobei der Wahleinspruch binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses mit Begründung schriftlich einzureichen ist (§ 50 Abs. 1 und 2 KWG LSA).
Die Veröffentlichung des Wahlergebnisses erfolgte am 14.06.2019.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../.. Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

12 Beratung und Beschlussfassung über die Geschäftsordnung für den Gemeinderat und seine Ausschüsse

Vorlage: 21-019/2019

Herr Schmidt verweist auf die eingangs der Sitzung verteilte Vorlage zu den Änderungen der Geschäftsordnung. Frau Wöbken teilt mit, dass beispielsweise die „spontane“ Erweiterung der Tagesordnung nicht zulässig sei. Zu der Absicht des Gemeinderates zur Zulassung von Fragen zur Tagesordnung in § 7 Absatz 5 regt Frau Wöbken an, nur die Streichung des Wortes „nicht“ vorzunehmen. Herr Dr. Kempfs schlägt vor, die Änderungen jetzt zu beschließen vorbehaltlich der rechtlichen Prüfung. Herr Schmidt stellt diesen Geschäftsordnungsantrag zur Änderung der Geschäftsordnung mit den aufgelisteten Änderungen und den zwei besprochenen Ausnahmen (keine spontane Tagesordnungerweiterung und Streichung des Wortes „nicht“ in § 7 Abs. 5) zur Abstimmung. Ihm wird einstimmig mit 19 Stimmen zugestimmt.

Herr Schmidt stellt die so geänderte Beschlussvorlage zur Abstimmung. Ihm wird mit 18 Ja-Stimmen und einer Enthaltung einstimmig zugestimmt.

13 Beratung und Beschlussfassung über die Hauptsatzung der Gemeinde Südharz

Vorlage: 21-020/2019

Herr Schmidt stellt den Antrag, die **Beschlussfassung zurückzustellen**, damit die Beratung der Hauptsatzung im Haupt- und Finanzausschuss erfolgen könne.

Dem Antrag stimmen die Ratsmitglieder **einstimmig mit 19 Stimmen** zu.

14 Wahl des/der Ersten stellvertretenden Vorsitzenden und des/der Zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Gemeinderates

Vorlage: 21-021/2019

Herr Schmidt nimmt Bezug auf die Vorberatungen der Gemeinderatsmitglieder und teilt mit, dass für die Position des ersten Stellvertreters des Gemeinderatsvorsitzenden Frau Funkel und für den zweiten Stellvertreter Herr Kohl vorgeschlagen werden. Das Einverständnis von Frau Funkel und Herrn Kohl liegt vor. Die Gemeindräte wählen einstimmig mit 18 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung offen Frau Christiane Funkel zur ersten stellvertretenden Vorsitzenden und Herrn Peter Kohl zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Einbringer:

Bürgermeister, Hauptamt

Gesetzliche Grundlagen:

Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt

Wiedergabe Wahlergebnis:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz wählt nachfolgende Personen als stellvertretende Vorsitzende des Gemeinderates:

1. stellvertretende/r Vorsitzende/r

Frau/~~Herr~~ **Christiane Funkel**

wohnhaft in **06536 Südharz, Zechental 1**

mit 18 Stimmen

2. stellvertretende/r Vorsitzende/r

Frau/~~Herr~~ **Peter Kohl**

wohnhaft in **06536 Südharz, Haselstraße 33**

mit 18 Stimmen

anwesende wahlberechtigte Mitglieder des Gemeinderates: 19

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des

Bürgermeisters: 19

- 15 Verteilung der Vorsitze der beratenden Ausschüsse, die aufgrund des Beschlusses über die Hauptsatzung gebildet werden, nach der Größe der Fraktionen im Zugriffsverfahren**
Der Gemeinderatsvorsitzende verliest eine Erklärung, wonach die Fraktionen auf ihre Rechte zur Besetzung der Ausschussvorsitze aufgrund ihrer Fraktionsstärken verzichten. Die Gemeinderäte seien in den Vorberatungen überein gekommen, die Vorsitze nach Interessen und fachliche Qualifikationen zu besetzen.
- 16 Benennung der Ausschussmitglieder auf Vorschlag der Fraktionen**
Herr Schmidt verweist darauf, dass die bisherige Hauptsatzung bis zu ihrer Änderung in Kraft bleibt und demzufolge die dort genannten Ausschüsse zu besetzen sind. Die Gemeinderatsmitglieder haben sich bereits darauf geeinigt, wie die Sitze verteilt werden sollen. Die Bereitschaft der vorgeschlagenen Personen zur Mitarbeit im Ausschuss besteht.
- 16.1 Benennung der Ausschussmitglieder für den Haupt- und Finanzausschuss**
Haupt- und Finanzausschuss: Yvonne Wernecke, René Volknandt, Stefan Gaßmann, Jens Lange, Peter Kohl, Andreas Schmidt
- 16.2 Benennung der Ausschussmitglieder für den Bau- und Vergabeausschuss**
Bau- und Vergabeausschuss: Fred Fuhrmann, Björn Schade, Hagen Schwach, Ralf Mosebach, Frank Weidner, Thomas Schirmer
- 16.3 Benennung der Ausschussmitglieder für den Sozial- und Tourismusausschuss**
Sozial- und Tourismusausschuss: Nadine Pein, Rolf Kutzleb, Ute Wierick, Harald Fuhrmann, Dr. Kempfski, Christiane Funkel
- 17 Berufung sachkundiger Einwohner in den beratenden Sozial- und Tourismusausschuss**
Vorlage: 21-022/2019
Herr Schmidt verweist auf die geplante Änderung der Hauptsatzung, die Einrichtung weiterer Ausschüsse und den Zeitpunkt bis zu dem eine geänderte Hauptsatzung in Kraft treten kann. Er schlägt deshalb vor, zunächst die ersten zwei eingegangenen Bewerbungen zu berücksichtigen.
Herr Gaßmann teilt mit, dass er die vorgelegten Bewerbungen nicht ausreichend prüfen konnte. Aufgrund der Bewerbungsfrist und dem Versanddatum der Sitzungsunterlagen war eine Mitversendung der Bewerbungen nicht möglich, was aus seiner Sicht wünschenswert gewesen wäre.
Frau Pein spricht die noch geplanten Ausschüsse bzw. die Aufteilung des Sozial- und Tourismusausschusses in Kultur-, Schul- und

Sozialausschuss, Wirtschafts- und Tourismusausschuss und Umwelt- und Ordnungsausschuss an. Es handelt sich jetzt um eine Übergangslösung. Herr Schmidt schlägt Herrn Jürgen Frenzel, Roßla und Frau Sonja Kirchner, Stolberg als sachkundige Einwohner vor und lässt über die so geänderte/ergänzte Beschlussvorlage abstimmen. Ihr wird mit 16 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beruft folgende sachkundige Einwohner mit beratender Stimme in den Sozial- und Tourismusausschuss:

Frau Sonja Kirchner aus Stolberg (Harz)

Herrn Jürgen Frenzel aus Roßla

Begründung:

In den Sozial- und Tourismusausschuss werden entsprechend der Hauptsatzung durch den Gemeinderat 2 sachkundige Einwohner mit beratender Stimme berufen.

Abstimmungsergebnis:
Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
16	0	3

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren/... Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

- 18 Benennung von Vertretern der Gemeinde in andere Institutionen**
- 18.1 Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz"**
- 18.1.1 Wahl des Vertreters der Gemeinde in den Wasserverband "Südharz"**
Vorlage: 21-023/2019
Herr Schmidt nimmt Bezug auf die Verständigung unter den Gemeinderäten und teilt mit, dass als Vertreter der Gemeinde im Wasserverband Südharz Herr Kohl vorgeschlagen wird. Die Gemeinderäte sprechen sich für eine offene Wahl aus und wählen Herrn Peter Kohl mit 17 Ja-Stimmen.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz wählt als Vertreter/in

Herrn Peter Kohl

mit ...17..... Stimmen

in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes „Südharz“.

anwesende wahlberechtigte Mitglieder des Gemeinderates: ...19...

Begründung:

Die Gemeinde ist Mitglied im Wasserverband „Südharz“.
Laut Verbandssatzung des Wasserverbandes „Südharz“ sind ein Vertreter und zwei Stellvertreter in den Wasserverband „Südharz“ zu wählen.
Die Sitzungsvertreter sind nach § 11 GKG zu wählen, müssen nicht zwingend Gemeinderatsmitglieder sein und eventuelle Hinderungsgründe ergeben sich nur aus der Spezialregelung in § 11 Abs. II GKG.
Die Wahl ist nach § 56 Abs. III KVG LSA durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
17	0	2

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren/... Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

18.1.2 Wahl des 1. stellv. Vertreters der Gemeinde in den Wasserverband "Südharz"

Vorlage: 21-024/2019

Herr Schmidt teilt mit, dass die Gemeinderäte Herrn Mosebach vorschlagen, der auch zur Übernahme der Funktion bereit ist.
Die Gemeinderäte wählen mit 18 Stimmen in offener Wahl Herrn Ralf Mosebach zum ersten stellvertretenden Vertreter der Gemeinde in den Wasserverband.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz wählt als 1. stellv. Vertreter/in

Herrn Ralf Mosebach

mit ...**18**..... Stimmen

in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes „Südharz“.

anwesende wahlberechtigte Mitglieder des Gemeinderates:**19**.....

Begründung:

Die Gemeinde ist Mitglied im Wasserverband „Südharz“.
Laut Verbandssatzung des Wasserverbandes „Südharz“ sind ein Vertreter und zwei Stellvertreter in den Wasserverband „Südharz“ zu wählen.
Die Sitzungsvertreter sind nach § 11 GKG zu wählen, müssen nicht zwingend Gemeinderatsmitglieder sein und eventuelle Hinderungsgründe ergeben sich nur aus der Spezialregelung in § 11 Abs. II GKG.
Die Wahl ist nach § 56 Abs. III KVG LSA durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
18	0	1

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ./... Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

18.1.3 Wahl des 2. stellv. Vertreters der Gemeinde in den Wasserverband "Südharz"

Vorlage: 21-025/2019

Ebenfalls unter Bezugnahme auf die Vorberatungen der Gemeinderäte schlägt Herr Schmidt Herrn Schwach vor.

Die Gemeinderäte wählen mit 18 Stimmen in offener Wahl Herrn Hagen Schwach zum zweiten stellvertretenden Vertreter der Gemeinde in den Wasserverband.

Herr Schmidt richtet seine Glückwünsche an die Gewählten.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz wählt als 2. stellv. Vertreter/in

Herrn Hagen Schwach

mit ...**18**..... Stimmen

in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes „Südharz“.

anwesende wahlberechtigte Mitglieder des Gemeinderates:19...

Begründung:

Die Gemeinde ist Mitglied im Wasserverband „Südharz“.
Laut Verbandssatzung des Wasserverbandes „Südharz“ sind ein Vertreter und zwei Stellvertreter in den Wasserverband „Südharz“ zu wählen.
Die Sitzungsvertreter sind nach § 11 GKG zu wählen, müssen nicht zwingend Gemeinderatsmitglieder sein und eventuelle Hinderungsgründe ergeben sich nur aus der Spezialregelung in § 11 Abs. II GKG.
Die Wahl ist nach § 56 Abs. III KVG LSA durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
18	0	1

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ./... Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

18.2 Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Helme"

18.2.1 Entsendung eines Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Helme"

Vorlage: 21-026/2019

Im Ergebnis der Vorberatungen der Gemeinderäte teilt Herr Schmidt mit, dass er selbst vorgeschlagen wurde und er auch zur Übernahme der Funktion zur Verfügung steht.

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig die Entsendung von Herrn Andreas Schmidt als Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes Helme.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt,
Wassergesetz Land Sachsen-Anhalt

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, gemäß § 54 Abs. 3 des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Herrn Andreas Schmidt

als Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes „Helme“ zu entsenden.

Begründung:

Nach Auffassung des Ministeriums hat der Gemeinderat die Vertreter in die Unterhaltungsverbände durch Beschluss zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
18	0	1

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../... Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

18.2.2 Entsendung eines stellv. Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Helme"

Vorlage: 21-027/2019

Herr Schmidt teilt unter Bezugnahme auf die Vorberatungen mit, dass die Gemeinderäte Herrn Volkandt für diese Position vorschlagen.

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig die Entsendung von Herrn René Volkandt als stellvertretender Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes Helme.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt
Gesetzliche Grundlagen: Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt,
Wassergesetz Land Sachsen-Anhalt

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, gemäß § 54 Abs. 3 des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Herrn René Volkandt

als stellvertretende/n Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes „Helme“ zu entsenden.

Begründung:

Nach Auffassung des Ministeriums hat der Gemeinderat die Vertreter in die Unterhaltungsverbände durch Beschluss zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
18	0	1

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren/... Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

18.3 Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Selke-Obere Bode"

18.3.1 Entsendung eines Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Selke-Obere Bode"

Vorlage: 21-028/2019

Herr Schmidt verweist darauf, dass die Gemeinderäte sich für alle Unterhaltungsverbände auf die gleichen Vertreter und Stellvertreter verständigt haben.

Der Gemeinderat beschließt deshalb mit 18 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig die Entsendung von Herrn Andreas Schmidt als Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes Selke – Obere Bode.

Einbringer:

Gesetzliche Grundlagen:

Bürgermeister, Hauptamt

Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt,
Wassergesetz Land Sachsen-Anhalt

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, gemäß § 54 Abs. 3 des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Herrn Andreas Schmidt

als Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes „Selke-Obere Bode“ zu entsenden.

Begründung:

Nach Auffassung des Ministeriums hat der Gemeinderat die Vertreter in die Unterhaltungsverbände durch Beschluss zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
18	0	1

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ./... Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

18.3.2 Entsendung eines stellv. Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Selke-Obere Bode"

Vorlage: 21-029/2019

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig die Entsendung von Herrn René Volkmandt als stellvertretender Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes Selke – Obere Bode.

Einbringer:

Bürgermeister, Hauptamt

Gesetzliche Grundlagen:

Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt,
Wassergesetz Land Sachsen-Anhalt

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, gemäß § 54 Abs. 3 des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Herrn René Volkmandt

als stellvertretenden Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes „Selke-Obere Bode“ zu entsenden.

Begründung:

Nach Auffassung des Ministeriums hat der Gemeinderat die Vertreter in die Unterhaltungsverbände durch Beschluss zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
18	0	1

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren/... Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

18.4 Verbandsversammlung des Unterhaltungsverbandes "Wipper-Weida"

18.4.1 Entsendung eines Vertreters der Gemeinde in den Unterhaltungsverband "Wipper-Weida"

Vorlage: 21-030/2019

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung einstimmig die Entsendung von Herrn Andreas Schmidt als Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes Wipper – Weida.

Einbringer: Bürgermeister, Hauptamt

Gesetzliche Grundlagen: Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-/Wassergesetz Land Sachsen-Anhalt

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, gemäß § 54 Abs. 3 des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Herrn Andreas Schmidt

als Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes „Wipper-Weida“ zu entsenden.

Begründung:

Nach Auffassung des Ministeriums hat der Gemeinderat die Vertreter in die Unterhaltungsverbände durch Beschluss zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
18	0	1

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ..1... Mitglieder des Gemeinderates
von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

**18.4.2 Entsendung eines stellv. Vertreters der Gemeinde in den
Unterhaltungsverband "Wipper-Weida"**

Vorlage: 21-031/2019

Der Gemeinderat beschließt mit 18 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung
einstimmig die Entsendung von Herrn René Volkmandt als stellvertretender
Vertreter in die Verbandsversammlungen des Unterhaltungsverbandes
Wipper – Weida.

Einbringer:

Bürgermeister, Hauptamt

Gesetzliche Grundlagen:

Kommunalverfassungsgesetz Land Sachsen-Anhalt,
Wassergesetz Land Sachsen-Anhalt

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt, gemäß § 54 Abs. 3
des Wassergesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Herrn René Volkmandt

als stellvertretenden Vertreter in die Verbandsversammlungen des
Unterhaltungsverbandes „Wipper-Weida“ zu entsenden.

Begründung:

Nach Auffassung des Ministeriums hat der Gemeinderat die Vertreter in
die Unterhaltungsverbände durch Beschluss zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
18	0	1

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ../... Mitglieder des Gemeinderates von
der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

19 Bestätigung der Sitzungsniederschrift vom 26.06.2019 (öffentlicher Sitzungsteil)

Herr Wiechert bittet um eine Korrektur auf Seite 14 im 4. Absatz. Dort muss es heißen, dass die Kowisa Ausschüttung 110 €/Punkt betrug und es eine Sonderausschüttung mit 55 €/Punkt gab.

Frau Buchmann bittet auf Seite 13 in TOP 16 um die Korrektur, dass das Schreiben dem Ortsbürgermeister und nicht den Bürgern zugestellt wird. Ebenfalls auf Seite 13, TOP 18 sind in Absatz 3 die Worte „des schlechten Zustandes“ zu ersetzen durch „der geplanten Baumaßnahmen an“.

In der letzten Zeile auf Seite 13 muss es heißen „Frau Witte, Gewerbeverein“ und nicht „Landesstraßenbaubehörde“.

Frau Wöbken bittet um Korrektur des Wortes „ansässig“ in „anhängig“ im Absatz 3, 3. Zeile auf Seite 11.

Herr Dr. Kempfski nimmt Bezug auf TOP 16 Einwohnerfragestunde der Sitzung vom 26.6.2019 und erinnert daran, dass er seinerzeit vorgeschlagen habe, an die Abgeordneten von Bundes- und Landtag sowie ausgewählte Personen in Berlin einen Brief zum Thema Grundsteuerreform zu schreiben. Dies könne er so aus dem Protokoll nicht erlesen. Herr Rettig erläutert in diesem Zusammenhang die Protokollaufnahme. Herr Dr. Kempfski betont abschließend nochmals sein Anliegen.

Der zur Abstimmung gestellten Sitzungsniederschrift wird mit 9 Ja-Stimmen und 9 Enthaltungen zugestimmt. Herr Lange erklärt an der Abstimmung nicht teilzunehmen, weil er zum Sitzungszeitpunkt noch nicht Ratsmitglied war.

20 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Rettig gibt die vier in nicht öffentlicher Sitzung am 26.6.2019 gefassten Beschlüsse zum Verkauf von Grund und Boden bzw. der Eintragung einer Dienstbarkeit mit Abstimmungsergebnis bekannt.

21 Bekanntgabe von (amtlichen) Mitteilungen der Amtsleiter und Bürgermeister

Frau Wöbken erklärt, dass die Anmerkungen von Herrn Soyke zur Änderung der Verwaltungskostensatzung eingearbeitet wurden. Sie schildert noch die Voraussetzungen für mehrjährige Beschäftigungsverhältnisse nach dem Teilhabechancengesetz und teilt mit, dass für verschiedene Bereiche Stellen angemeldet wurden. Das Jobcenter wird jetzt nach zuweisungsfähigen Personen suchen. Als Termin für die nächste Ortsbürgermeisterrunde nennt sie den 20.8.2019. Die nächste Haupt- und Finanzausschusssitzung ist für den 13.8.2019 geplant.

Auf der Internetseite der Gemeinde sind die Namen der gewählten Ortsbürgermeister und ihrer Stellvertreter eingestellt.
Auf der Internetseite und im Amtsblatt war auch die Ausschreibung für Winterdienstkräfte.
Abschließend bittet sie noch um die vollständige Rückgabe der Kontaktdatenblätter durch die Ratsmitglieder und Ortsbürgermeister.

Frau Buchmann berichtet über die Werterhaltungsmaßnahmen an kommunalen Gebäuden.

Die erste Bauausschusssitzung ist für den 3.9.2019 geplant.
Sie berichtet von der Vorbereitung der Bandwege um Stolberg für den Schlosslauf. Die Stiftung Denkmalschutz plant in diesem Jahr die Sanierung der Treppe zum Schloss. Die Baumaßnahme soll im nächsten Jahr erfolgen.
Zur Beschilderung am Fürstenweg teilt sie mit, dass die Wanderwegsschilder jetzt da sind. Herr Schirmer regt die Ausschilderung so an, dass Radfahrer den Fürstenweg und nicht die Straße nutzen sollen.

Frau Buchmann weist auf das jetzt von der Landrätin in Kraft gesetzte Verbrennverbot hin. Dies betrifft insbesondere die Kleingartensparten bzw. allgemein den ländlichen Raum. Es wird angeregt, ein Schreiben an die Landrätin zu verfassen. Außerdem sollten die zwei Kreistagsmitglieder im Kreistag auf das Problem hinweisen.

Herr Lange teilt mit, dass seine Kreistagsfraktion das Thema aufgreifen wird. Herr Schirmer regt an, dass über die Ortsbürgermeister das Thema auch in den Ortschaftsräten diskutiert werden sollte.

Die Ratsmitglieder diskutieren zum Verbrennverbot und Herr Weidner fragt, ob der Bauhof Baumschnitt abholen und zwischenlagern könnte. Herr Weidner regt auch an, Totholzhecken statt Weidezäune zu errichten. Herr Ortsbürgermeister Norbert Volknandt betont seine Ablehnung des Verbrennverbots und regt an, darauf hinzuwirken, dass das Verbrennen wieder möglich sein sollte.

Herr Rettig fasst zusammen, dass die gesammelten Meinungen an die Landrätin geschickt werden sollten und er bittet auch die Kreistagsabgeordneten um Unterstützung.

Herr Dr. Kempfs schlägt vor, keine pauschalen Forderungen aufzustellen, sondern eine differenzierte Darstellung aus den einzelnen Ortsteilen zu erarbeiten.

Herr Schade kommt zurück auf das Thema Teilhabechancengesetz und sieht die Möglichkeit dem Personalmangel damit auch entgegen zu wirken. Er spricht sich aber auch dafür aus, Zeiten zwischen verschiedenen Maßnahmen ggf. durch eine zeitweilige Beschäftigung zu überbrücken. Es sollte auch einen Automatismus in der Verwaltung geben, bestimmte Personen immer wieder für Maßnahmen vorzusehen.

Frau Buchmann teilt mit, dass den Ortsbürgermeistern ab 20.8.2019 neben den vorgesehenen straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen für die jeweiligen Ortsteile auch die Baustellentermine der Verwaltung mitgeteilt werden.

Zum Thema Glasfaserkabelverlegung berichtet sie von den Problemen bei der Aufstellung der Verteilerkästen. Hier gibt es die verschiedensten

Befindlichkeiten und einen Schriftwechsel mit der Telekom. Unter Bezugnahme auf die Niederschriften zu den konstituierenden Ortschaftsratssitzungen teilt Frau Buchmann mit, dass oft das Thema Verbesserung der Durchsetzung der Straßenreinigungspflicht angesprochen wurde. Sie bittet um konkrete Hinweise der Ortsbürgermeister bei solchen Problemfällen.

Frau Ortsbürgermeisterin Reimann spricht sich dafür aus, sich auch um ältere Mitbürger zu kümmern bzw. sich untereinander zu helfen. Frau Buchmann gibt hier erste Anregungen aus Ortschaften zu Patenschaften weiter. Sie weist auch darauf hin, dass die Gemeinde mit dem vorhandenen Bauhofpersonal keine weiteren Möglichkeiten hat.

Herr Wiechert berichtet von den Steuereinnahmen der Kommunen und Landkreise. Der Landkreis Mansfeld-Südharz steht auf vorletzter Stelle und hat nur 61% der Steuerkraft westdeutscher Kommunen.

Der Kassenkredit beläuft sich derzeit auf 4,0 Mio Euro.

Zum Digitalpakt Schule teilt er mit, dass jetzt eine neue Richtlinie im Entwurf vorliegt. Es sind insgesamt 127.300 Euro Fördermittel vorgesehen, für die auch Eigenmittel beigesteuert werden müssen.

Herr Wiechert berichtet zum Breitbandausbau und wann dieser fertiggestellt wird. Im Januar 2020 soll der Ausbau in der Gemeinde fertig sein. Diese Angabe gilt unter Vorbehalt.

In der Haupt- und Finanzausschusssitzung, zu der auch die Ortsbürgermeister eingeladen sind, soll der Nachtragshaushalt im Entwurf vorgestellt werden.

Abschließend weist Herr Wiechert noch auf das E-Governmentgesetz hin, wonach u.a. bis 2020 die Akten elektronisch geführt werden müssen.

22 Sachstand Freizeitbad "Thyragrotte"

Herr Rettig berichtet über den für den 14.8.2019 geplanten Workshop mit dem Unternehmen Projekt M.

Herr Schirmer spricht das immer noch fehlende Schild an der Thyragrotte an. Frau Buchmann teilt mit, dass die Angebote für das Schild vorliegen. Hinsichtlich der Holzkonstruktion gestaltet sich die Einholung von Angeboten als schwierig. Von den Firmen, die aufgefordert wurden, ein Angebot abzugeben, hat bisher keiner ein Angebot eingereicht.

23 Beschlussfassung einer überplanmäßigen Auszahlung für die Maßnahme Anbau Grundschule Roßla

Vorlage: 21-032/2019

Auf die Frage von Herrn Kohl zum PC Kabinett und Fördermitteln verweist Herr Wiechert auf das neue Bundesprogramm und die Zeitschiene bis 2024.

Zur Beschlussvorlage verweist Herr Schmidt auf die bisherige Beratungsfolge und teilt mit, dass es sich jetzt um eine Formalie handelt. Der Beschlussvorlage wird mit 15 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Herr Dr. Kempfski weist auf die Bedeutung der Baumaßnahme hin und fragt, wie erreicht werden kann, dass alle Ratsmitglieder auf den gleichen Kenntnisstand kommen. Herr Schmidt regt eine gemeinsame Sitzung von Haupt- und Finanzausschuss sowie Bauausschuss an. Herr Rettig schlägt vor, den neuen Gemeinderäten die aktualisierte Tabelle zu den Gewerken und Kosten zukommen zu lassen. Herr Dr. Kempfski regt eine informative Gemeinderatssitzung bzw. Arbeitssitzung an. Frau Pein spricht sich für eine Arbeitsberatung aus, die Tabelle sagt ihr aber nicht alles, es seien schwerwiegende Fehler im Vorfeld gemacht worden. Herr Schmidt schlägt vor, sich im Anschluss auf einen Termin zu verständigen.

Einbringer: Bürgermeister, Finanzverwaltung
Gesetzliche Grundlagen: KVG LSA
KomHVO LSA

Beschlusstext:

Der Gemeinderat der Gemeinde Südharz beschließt eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 42.500,00 € für die Maßnahme Anbau Grundschule Roßla 21110160001 (gemäß § 105 (1) KVG LSA).

Die Finanzierung erfolgt aus den Maßnahmen:

54100017002 Brückenbau	20.000,00 €
21110015006 PC Kabinett Grundschule	22.500,00 €

Begründung:

In den letzten beiden Sondersitzungen des Bau- und Finanzausschuss wurden die voraussichtlichen Mehrkosten für den Anbau der Maßnahme Grundschule Roßla durch die Architektin und dem Bauamt vorgestellt und begründet. Ein Kostenumfang für die Maßnahme wurde vom Ausschuss festgeschrieben. Die überarbeiteten Planansätze werden in den Nachtragshaushalt 2019 eingearbeitet. Die Finanzierung der Mehrkosten ist nur über eine Kreditaufnahme möglich.

Damit die Verzögerungen im Bauablauf minimiert werden können, soll die Auftragsvergabe für Gerüstbau und Dachdeckerarbeiten so schnell wie möglich erfolgen.

Gemäß der festgelegten Wertgrenzen in der Hauptsatzung der Gemeinde Südharz § 6 (3) ist für die überplanmäßige Auszahlung der Haupt- und Finanzausschuss zuständig. Aufgrund der Kommunalwahlen kann die kommende Haupt- und Finanzausschusssitzung erst nach der Konstituierenden Sitzung des Gemeinderates stattfinden. Die konstituierende Sitzung ist am 31.07.2019 geplant.

Da die Vergabe für Gerüstbau und Dachdeckerarbeiten erfolgen soll legte der Ausschuss fest, dass in der Gemeinderatssitzung am 26.06.2019 eine Tischvorlage, für die überplanmäßige Ausgabe vorgelegt wird.

Ein entsprechender formeller Gemeinderatsbeschluss wird in der kommenden Sitzung nachgeholt.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des
Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
15	0	4

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ././... Mitglieder des Gemeinderates von
der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

24

Beschlussfassung über die Annahme von Spenden

Vorlage: 21-033/2019

Herr Schmidt lässt über die Beschlussvorlage abstimmen. Ihr wird mit 19
Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt.

Einbringer:

Bürgermeister, Finanzverwaltung

Gesetzliche Grundlagen:

§ 99 (6) Kommunalverfassungsgesetz Land Sa
Anhalt i. V. m. § 4 Nr. 7 der Hauptsatzung der
Südharz

Beschlusstext:

Gemäß § 99 (6) KVG LSA i. V. m. § 4 Nr. 7 der Hauptsatzung der
Gemeinde Südharz beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Südharz
die Annahme von Spenden über einem Vermögenswert von 500,00 €.

Geld- und Sachzuwendungen:

Eingang	Zuwendungsgeber	Betrag	Verwendungszweck
04.06.2019	Sammel Spenden Schloss Stolberg (OT Stadt Stolberg (Harz))	502,67 €	Touristische Einrichtungen als Geldzuwendung
18.06.2019	Sammel Spenden Schloss Stolberg (OT Stadt Stolberg (Harz))	554,03 €	Touristische Einrichtungen als Geldzuwendung
25.06.2019	Sammel Spenden Schloss Stolberg (OT Stadt Stolberg (Harz))	513,33 €	Touristische Einrichtungen als Geldzuwendung
02.07.2019	Sammel Spenden Schloss Stolberg (OT Stadt Stolberg (Harz))	579,94 €	Touristische Einrichtungen als Geldzuwendung
04.07.2019	Jagdgenossenschaft Hainrode	1.500,00 €	Spielplatz im OT Hainrode als Geldzuwendung

Zur Umsetzung der Hinweise des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt vom 27. Oktober 2014 zu § 99 (6) KVG LSA werden dem Gemeinderat die Spendenannahmen bis zu einem Vermögenswert von 500,00 € zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Für den Zeitraum vom 23.04.2019 bis 09.07.2019 wurden Spenden in Höhe von 4.322,87 € durch den Bürgermeister der Gemeinde Südharz angenommen.

Begründung:

Gemäß § 99 (6) KVG LSA darf die Gemeinde für die Erfüllung Ihrer Aufgaben Spenden und ähnliche Zuwendungen einwerben und annehmen oder an Dritte vermitteln, die sich an der Erfüllung von Aufgaben (§ 4 KVG LSA) beteiligen. Aufgrund der am 05.04.2015 inkraftgetretenen Hauptsatzung der Gemeinde Südharz, unter Berücksichtigung der bisherigen Änderungen, ist der Gemeinderat gemäß § 4 Nr. 7 ermächtigt über die Annahme und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen zu entscheiden, wenn der Vermögenswert 500,00 € übersteigt.

Für die Annahme von Spenden unter dieser Wertgrenze liegt die Entscheidungsbefugnis gemäß § 9 (1) Nr. 4 der Hauptsatzung der Gemeinde Südharz beim Bürgermeister.

Zur Umsetzung der Hinweise des Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt vom 27. Oktober 2014 zu § 99 (6) KVG LSA werden alle Spendeneingänge bis zu einer Wertgrenze von 500,00 € dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Dies gewährleistet die notwendige Transparenz bei der Annahme von Spenden.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Anzahl der Mitglieder des Gemeinderates einschl. des Bürgermeisters: 19
davon anwesend: 19

Ja-Stimmen:	Nein-Stimmen:	Enthaltungen:
19	0	0

Aufgrund des § 33 des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (KVG LSA) waren ./.... Mitglieder des Gemeinderates von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen.

25 Informationen aus der Verbandsversammlung des Wasserverbandes "Südharz"

Herr Rettig nimmt Bezug auf die Forderung der Obersten Wasserbehörde zur Aufgabenübertragung der Abwasserbeseitigung für die Ortsteile Rottleberode, Stolberg, Agnesdorf und Questenberg auf den Wasserverband und teilt mit, dass der Grundsatzbeschluss der Ortschaft Questenberg zurückgestellt wurde, er nimmt auch zu der von Herrn Jödicke in der letzten Sitzung vorgeschlagenen Entsorgungsvariante Stellung. Die Ortschaften Rottleberode und Stolberg haben die Aufgabenübertragung abgelehnt. Der geforderten Aufgabenübertragung Trinkwasser hat der Ortschaftsrat ebenfalls nicht zugestimmt. Herr Rettig spricht die Notwendigkeit einer Klärung an, was mit den vom Wasserverband in Aussicht gestellten ca. 8 Mio. Fördermitteln passieren wird, wenn die Gemeinde die geforderten Aufgabenübertragungen nicht beschließt. Herr Rettig sagt im Weiteren eine Zusammenarbeit mit Herrn Kohl als dem neuen Sitzungsvertreter im Wasserverband zu. Herr Schmidt dankt dem Bürgermeister für seine bisherige Arbeit auf diesem Gebiet.

26 Anfragen und Anregungen

Frau Wierick spricht an, dass die Problematik Jungentoilette in der Kita Zwergenpalais nach wie offen sei. Frau Buchmann teilt mit, dass an der Sanitäranlage gearbeitet werden kann, wenn die Küche in der Kita fertig ist. Auf die Ausführungen von Frau Pein, wonach die Anschaffung eines Toilettenbeckens doch nicht so lange dauern könnte, entsteht eine Diskussion zum Umfang der Arbeiten, zu Vorgaben für die Anzahl von Toilettenbecken und zu den Möglichkeiten, diese Arbeiten mit dem Bauhof durchführen zu können. Im Ergebnis soll die Situation vor Ort mit einer ortsansässigen Fachfirma begutachtet und die Arbeiten vergeben werden.

Auf die Anmerkung von Herrn Schade zum Borkenkäfer geschädigten Baumbestand/Totholzbestand auf dem Friedhof in Schwenda antwortet Frau Buchmann, dass es bereits Ortstermine von Frau Brauner gegeben hat. So sei in Schwenda der Weg „An der Höhe“ auch stark betroffen. Der von der Gemeinde beauftragte Förster hätte die Besichtigung begleitet. Es sind nicht nur Fichten betroffen. Es besteht Einigkeit, dass insbesondere auf den Friedhöfen, so auch in Breitungen, wie Herr Schwach anmerkt, keine Fichten auf die Gräber fallen dürfen. Frau Buchmann erwähnt bereits ausgelagerte Aufträge, wobei weitere folgen müssen. Sie weist aber auch darauf hin, dass der diesbezügliche Haushaltsansatz 2019 bereits weit überschritten ist.

Herr Ortsbürgermeister Jänicke fragt nach dem Stand der Bauarbeiten am Gerätehaus Hayn. Frau Buchmann schildert die Probleme mit der Firma und betont die oftmals vergeblichen Bemühungen des Bauamtes und Planers, die Firma zur Fortsetzung der Arbeiten zu bewegen.

Herr Gaßmann fragt an, ob bekannt sei, dass es in der Turnhalle Benuungen an mehreren Stellen durchregnet. Der Sportverein habe einen Fördermittelantrag an den dafür zuständigen Kreissportbund Mansfeld-Südharz gestellt, dieser sei aber nun abgelehnt worden, wegen einer erst vor 2 Jahren erhaltenen Förderung. Die Gemeinde müsse sich nun Gedanken machen, u.a. wegen der Gefahr der Schimmelbildung und Wasserflecken. Die Turnhalle sollte mit auf die Prioritätenliste der Gemeinde gesetzt werden.

Herr Kohl ergänzt zu dem Sportförderprogramm seine Rückspracheergebnisse zu den Entscheidungsfindungen für die Vergaben der Fördermittel. Im Ergebnis kann nur angeraten werden, neue Anträge zu stellen.

Auf den Hinweis von Herrn Dr. Kempfski zur neuen Richtlinie des MULE für den Waldschutz, wonach Maßnahmen wie Holzeinschlag, -bergung und das Rücken von Holz förderfähig seien, antwortet Frau Buchmann, dass die Gemeinde diesbezüglich schon mit der die Gemeinde betreuenden Forstverwaltung in Kontakt steht.

Frau Reimann fragt nach dem Termin der nächsten Sozialausschusssitzung und Themen der Bürgermeisterrunde. So würde sie gerne wissen, wie der Brandschutz und der Hochwasserschutz eingeschätzt werden.

Frau Pein nennt den Termin der nächsten Sozialausschusssitzung und spricht sich für eine zeitliche Verschiebung der Ortsbürgermeisterrunden von 16 auf 18 Uhr aus.

Herr Ortsbürgermeister Norbert Volkmandt bittet darum, den Ortsbürgermeistern in den Ratssitzungen Tische zur Verfügung zu stellen, worauf hin Herr Schmidt ausführt, dass dies in der geänderten Geschäftsordnung geregelt werden soll.

Auch Herr Volkmandt und Herr Schmidt sprechen sich für die Ortsbürgermeisterrunde um 18 Uhr aus. Herr Rettig regt an, in der ersten Ortsbürgermeisterrunde die Termine und Zeiten festzulegen.

Herr Volkmandt spricht die Änderungen zu Geschwindigkeitsbegrenzungen in Questenberg an und kritisiert, dass es keine Information gegeben habe. Frau Buchmann verweist auf die Zuständigkeit des Kreises, da es sich um eine Kreisstraße handelt, von dort sollen Informationen eingeholt werden.

Herr Schmidt bittet darum, dabei auf den schlechten Zustand der Kreisstraße hinzuweisen und Reparaturbedarf anzumelden. An dem Weg zwischen Questenberg und Hainrode wurde ein Schild „Trinkwasserschutzzone“ aufgestellt. Herr Schmidt fragt nach dem Schild, mit welchem diese Zone wieder aufgehoben wird. Frau Buchmann verweist auf die vor zwei Jahren erfolgten Änderungen der Schutzzonen und die Zuständigkeit des Landkreises. Aus den Planungsunterlagen

gehen die Zonen hervor, ebenso wie aus dem Flächennutzungsplan.

Herr Schrader mahnt die Anbringung des Sockelputzes am Feuerwehrgerätehaus Dietersdorf an und bietet an, dass die Feuerwehrmitglieder fehlende Isolierungen bei Stellung des Materials selber anbringen könnten.

Herr Schirmer erhält auf seine Anfrage zur Straßenbeleuchtung in Breitenstein die Antwort, dass diese fertig sei. Sein Hinweis auf ausufernden Bewuchs/Hecken entlang der Kreisstraße von Stolberg Richtung Breitenstein und Rottleberode wird an den Landkreis weiterzugeben sein. Gleiches trifft auf den Hinweis von Herrn Schmidt zur Straße in Schwiederschende Richtung Breitenbach zu.

Frau Funkel spricht den Hauptweg auf dem Friedhof Stolberg an und schlägt vor, einen Vor-Ort-Termin zu machen, da der aufgebrachte grobe Kies einen unfertigen Eindruck der Maßnahme mache.

Herr Kutzleb nimmt Bezug auf die Kommunalwahlen, dankt den Bürgern und regt an, im Rat mehr auf die Anregungen der Ortsbürgermeister zu hören. Auch dankt er seinen Ratskollegen für die Vorberatungen zu dieser Ratssitzung, weswegen die Tagesordnung so zügig abgearbeitet werden konnte. An die Presse richtet er den Wunsch, dass positiver geschrieben werde. Er lädt ein zum Besenbinderfest und bittet insgesamt für eine Unterstützung der Vereine durch die Gemeinde, da die Ortsteile die Feste für die Gemeinde machen.

Herr Schwach fragt nach der Wasserentnahmestelle auf dem Friedhof Breitenungen. Frau Bauchmann sagt eine Erledigung zu, sobald dies möglich ist.

Herr Rettig nimmt auf die Größe der Gemeinde, die Anzahl der Bauhofmitarbeiter, die Vereine und die vorrangigen Pflichten Bezug. Es ist nicht alles gleichzeitig machbar. Zusätzlichem Personal steht die Konsolidierung entgegen, aber wenn alle mitmachen, könne man schon einiges schaffen.

Herr Mosebach mahnt eine bessere Planung der Termine von Veranstaltungen an. So sei beispielsweise zeitgleich zum Gemeindefeuerwehrtag im Mai in Rottleberode ein großes Fest in Stolberg gewesen. Herr Rettig nimmt Bezug auf den Veranstaltungskalender, für den bis November des Vorjahres die Termine bei Frau Hacker gesammelt werden. Wenn alle rechtzeitig die Termine melden, könnte man evtl. noch Termine verlegen, wenn dies erforderlich wird.

Herr Kutzleb spricht den gleichzeitigen Termin für das Besenbinderfest und das Lerchenfest an. Herr Schmidt regt an, dass Frau Hacker Rückmeldungen geben müsste.

Herr Weidner fragt nach, ob in Roßla wieder ein Jugendclub entstehen soll und ob hier ein historisches Gebäude genutzt werden könnte. Herr Schmidt führt aus, dass er die zuständige Organisatorin Frau Blank schon an Herrn Meyer als dem Eigentümer zahlreicher Gebäude in Roßla verwiesen hat. Frau Pein spricht sich in diesem Zusammenhang ausdrücklich gegen eine Nutzung des Schlosses für einen unbeaufsichtigten Jugendclub aus. In der nächsten Sozialausschusssitzung soll das Thema besprochen werden.

Der öffentliche Sitzungsteil wird um 21:05 Uhr geschlossen.

Vorsitzender des Gemeinderates

Protokollant